

Fraktion DIE LINKE
Piraten-Gruppe
Gruppe DEINE FREUNDE

An die Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin:

AN/0450/2016

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	

Ombudsstelle für Flüchtlinge - Unabhängige Anlaufadresse für Beschwerden

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

die Fraktion DIE LINKE, die Piraten-Gruppe und die Gruppe DEINE FREUNDE bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu setzen:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Einrichtung von neun unabhängigen Anlaufstellen für Beschwerden (Ombudspersonen) in den Stadtbezirken und einen zusätzlichen unabhängigen Koordinator.
2. Bei der Auswahl der Ombudspersonen soll auf eine Frauenquote von mindestens 50 % geachtet werden. Im Sinne des Diversity-Gedankens sollte nach Möglichkeit auf Vielfalt der Ombudspersonen im Hinblick auf Herkunft und Sprachkompetenz geachtet werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für diese Ombudsgruppe ein klares Aufgabenprofil und Informationskonzept zu erstellen.
4. Beschwerden und deren Lösungsansätze sollen anonymisiert dokumentiert werden. In sinnvollen Zeitabständen soll diese Dokumentation ausgewertet und dem Rat zur Verfügung gestellt werden, damit wiederkehrende Missstände identifiziert und abgeschafft werden können.

Begründung :

Aktuell bringt die Stadt mehr als 11.900 Geflüchtete in ganz unterschiedlichen Wohnformen unter. Im Rahmen von Notmaßnahmen sind zurzeit fast 4.000 Personen vorübergehend in Sporthallen, umgebauten Gewerbeobjekten sowie in Leichtbauhallen untergebracht.

Als Ansprechpartner für Fragen, Beschwerden und Hinweise stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen sowie die dort durch die Stadt Köln eingesetzten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zur Verfügung. Darüber hinaus können sich die Betroffenen an die Helferinnen und Helfer der dort tätigen ehrenamtlichen Initiativen, die Kölner Flüchtlings-Beratungsstellen, den Kölner Flüchtlingsrat und andere Institutionen wenden.

2014 hatten DIE LINKE zusammen mit den Piraten, Deine Freunde und den Freien Wählern zweimal Anträge in den Rat eingebracht, die die Einrichtung einer Ombudsstelle gefordert haben. Begleitend dazu wurden intensive Gespräche mit SPD und Grünen geführt, die Ombudspersonen aber weiterhin ablehnten.

Die Antragsteller begrüßen es daher sehr, dass Oberbürgermeisterin Reker das Angebot für Rat- und Hilfesuchende erweitern und die Einrichtung einer Anlaufstelle für Fragen und Beschwerden von Flüchtlingen planen möchte.

Wir brauchen unabhängige Ombudspersonen, die als Ansprechpartner fungieren und vor Fehlentwicklungen warnen und zur Aufklärung beitragen. Dabei sehen die Antragsteller neun Ombudspersonen für die neun Stadtbezirke und einen zusätzliche Koordinator als notwendige Grundausstattung an, die Zugang zu den Heimen haben. Der Zugang darf weder von der Stadt Köln noch durch die Heimleitung eingeschränkt werden. Mindestens die Hälfte der Ombudspersonen müssen Frauen sein. Ihnen werden sich von sexueller Gewalt betroffene Frauen eher offenbaren als Männern.

Die Antragsteller liegen mit ihrer Forderung nach neun Ombudspersonen und einer zusätzlichen Koordinierungsstelle weit hinter dem NRW-Landesstandard in Erstaufnahmeeinrichtungen, der eine Ombudsperson für 500 Geflüchtete vorsieht. Eine einzige Ombudsstelle – wie von Oberbürgermeisterin Reker geplant – ist unzureichend. Bei derzeit ca. 12.000 Geflüchteten in Köln und 130 Standorten kann eine Anlaufstelle, die mit einer Person besetzt ist, dieser wichtigen und herausfordernden Tätigkeit nicht gerecht werden.

Ombudspersonen sind die Sprecher/-innen der Flüchtlinge; sie reden mit den Flüchtlingen und leiten ihre Bedürfnisse nach außen weiter. Es ist wichtig, dass die Ombudspersonen ausreichend Zeit haben Kontakte mit Flüchtlingen und Mitarbeiter/-innen in vertraulichem Rahmen herzustellen, Fragen und Probleme kennenzulernen und Kontakt zu anderen Institutionen herzustellen. Ombudspersonen sollen die Stadt Köln dabei unterstützen, durch ihre Gespräche die Belange und Bedürfnisse der Geflüchteten zu erkennen und Hilfestellungen zu ermöglichen.

Mit der Einrichtung der neun unabhängigen Ombudsstellen, in enger Zusammenarbeit und Unterstützung der Koordinierungsstelle, kann ein deutliches Signal an die Flüchtlinge und die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer gesendet werden, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Daher sind die geforderten neun Anlaufstellen in den neun Stadtbezirken und ein zusätzlicher Koordinator erforderlich.

Die in der Flüchtlingshilfe tätigen institutionellen Einrichtungen sowie die vielen ehrenamtlich tätigen Helfer klagen darüber, dass mangels Zeit und Abstimmung nicht unerhebliche Missverständnisse ihre Tagesarbeit begleiten. Sicherlich sehen wir die Ombudsleute gerade hier

als wirkungsvolle und zielführende Ergänzung. Das setzt jedoch voraus, dass jedem in der Flüchtlingshilfe Tätigen klar sein muss, welches Aufgabenfeld die Ombudsleute bearbeiten werden und welche Kompetenzen sie haben. Ein entsprechender Ziel- und Aufgabenkataloges einschl. eines Informationskonzeptes für den Start ist aus unserer Sicht unerlässlich. Es gilt Betroffene zu Beteiligten zu machen und Kontroll- oder Wettbewerbs-Szenarien auszu-schließen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE

Gez.
Thomas Hegenbarth
Gruppensprecher
Piraten

Gez.
Thor Zimmermann
Gruppe
DEINE FREUNDE